

# Über den Islam in Deutschland

Von Uta Göllner

In einer Fernsehtalkshow des ZDF vom 30. Januar 2003 stellte Moderator Johannes B. Kerner seinem Gast Peter Scholl-Latour, einem ausgewiesenen Kenner der islamischen Welt, die Frage: „*Was kann man Leuten entgegenhalten, die sagen, der Islam sei eine militante Religion?*“ Scholl-Latour: „*Nichts. Der Islam ist eine militante Religion.*“ Der junge Kerner war perplex. Es gehört doch seit dem „11. September“ zum guten Ton, den Islam für eine friedliche Religion zu halten! Aber Scholl-Latour ist einer der wenigen Experten der deutschen Medienlandschaft, der „politisch unkorrekte“ Meinungen äußert. Von sich selbst sagt er: „*Ich war schon immer eine Cassandra.*“

## „Verordnete Fremdenliebe“

Zu den in Deutschland herrschenden Tabus gehört es, daß Deutsche andere Kulturen nicht kritisieren dürfen. Dazu schreibt Bassam Tibi, Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen, unter der Überschrift „*Die deutsche verordnete Fremdenliebe*“: „... [Die] *Neigung der Deutschen zu Extremen ist ihnen noch immer eigen. An die Stelle der Mentalität der Nazis, die alles Fremde dämonisierten, ist nun als entgegengesetztes Extrem der deutsche Gutmensch getreten, der alles Fremde heroisiert. (...) Immer wieder fällt mir auf, wie einige, in den Medien teilweise sehr einflußreiche Deutsche mehr Angst vor dem „Feindbild Islam“ haben als vor dem Feind Islamismus. Warum? Die Gesinnungsethik des deutschen Gutmenschen rangiert höher als die Informationsbereitschaft. (...) Diese [Fremden-] Liebe ist genauso unecht wie der Philosemitismus, der nur die andere Seite der Medaille des Antisemitismus widerspiegelt. Heute ist die Parallele hierzu die Verwandlung der Fremdenfeindlichkeit in verordnete Fremdenliebe bzw. die der Islamophobie in Islamophilie.*“<sup>1)</sup>

Der Autor dieser Zeilen ist selbst bekennender Muslim. Bassam Tibi stammt aus Syrien, ist deutscher Staatsangehöriger und hat den deutschen „*Tugendterror*“ am eigenen Leibe erfahren. Er hatte schon Mitte

---

1) Bassam Tibi, *Die deutsche verordnete Fremdenliebe*, in: Alice Schwarzer (Hg.), *Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz*, Köln 2002, 105–130, hier: 108, 110.

der 1990er Jahre vor den Gefahren der multikulturellen Wertebeliebigkeit gewarnt und zum Schutze des sozialen Friedens eine „Leitkultur“ gefordert.<sup>2)</sup> Damals empörte das niemanden. Im Herbst 2000 aber, bei der politischen Debatte zum Einwanderungsgesetz, verlangten die CDU-Politiker Friedrich Merz und Angela Merkel unter Berufung auf Bassam Tibi<sup>3)</sup>, Migranten sollten sich an eine „deutsche Leitkultur“ anpassen. Daraufhin verfemte die politische Linke diesen Standpunkt als Rassismus, Faschismus und Germanisierung. Der Altachtundsechziger Daniel Cohn-Bendit erklärte sogar: „Es gibt keine deutsche Identität“.<sup>4)</sup> Die Debatte endete mit dem stillschweigenden Beschluß der links-intellektuellen Meinungsführer: Deutschland braucht keine Leitkultur und keine Identität! So eine Absage an die eigene Kultur zeigt: Der eigentliche Motor der deutschen Fremdenliebe ist nicht eine aufrichtige Wertschätzung und Würdigung anderer Kulturen. Es ist der krankhafte Selbsthaß, der das Fremde nur benutzt, um den eigenen Selbsterstörungstrieb zu befriedigen. – „Die neurotische Nation“<sup>5)</sup> lautete die Überschrift eines abschließenden Zeitungsartikels, den Bassam Tibi zur Leitkultur-Debatte veröffentlichte.

### **Toleranz muß Grenzen haben!**

Hatte man geglaubt, diese Neurose würde Deutschland im Ausland sympathisch machen, so wendete sich das Blatt nach dem „11. September“ (2001). Die erschütternden Terrorakte von New York und Washington brachten zutage, daß islamische Fundamentalisten Europa und speziell Deutschland als logistische Basis bevorzugen. Das amerikanische Magazin „Newsweek“ wußte sofort, warum: „Tolerating the Intolera-

---

2) z. B. FOCUS-Interview: „Viele Westler hassen sich selbst“. Professor Bassam Tibi, Deutscher syrischer Abkunft, plädiert für westliche Werte als Gegenprogramm zu multikultureller Wertebeliebigkeit, in: FOCUS (37) 1996, 64ff.

3) Angela Merkel im Spiegel-Interview am 31. Oktober 2000, in: „Der Spiegel“ (44) 2000.

4) Daniel Cohn-Bendit im Streitgespräch mit Bassam Tibi, „Es gibt keine deutsche Identität“, „Die Woche“ vom 10. November 2000.

5) Bassam Tibi, „Die neurotische Nation“, in: „Die Welt am Sonntag“ vom 3. Dezember 2000.

ble - Das Intolerierbare wird [in Deutschland] toleriert“.<sup>6)</sup> Die „New York Times“ warf den Deutschen vor, sie würden sich – um ihre übersteigerte Toleranz zu begründen und einen Freiraum für terroristische Aktivitäten zu bieten – hinter den Schandtaten ihrer Vergangenheit verstecken.<sup>7)</sup> Es grassierte sogar das Gerücht, es habe vor dem 11. September eine stillschweigende Übereinkunft gegeben, daß deutsche Sicherheitsbehörden bei Islamisten ein Auge zudrückten und dafür die Gewähr erhielten, daß in Deutschland keine Terroranschläge verübt würden.<sup>8)</sup> Das Ausland verurteilte die deutsche Fremdenliebe als Gefahr für Demokratie und westliche Wertegemeinschaft. Neuerdings findet Bassam Tibi durchaus Gehör, wenn er im Sinne der „Selbsterhaltung des Gemeinwesens“ eine Normalität im Umgang mit dem Fremden fordert: Offenheit für andere Kulturen, aber im Rahmen der Pflicht, zu den Prinzipien der Aufklärung und Demokratie zu stehen. „[Es] ist gleichermaßen Ausdruck von Normalität – so Tibi – zu erkennen, daß, ebenso wie es demokratische und rechtsradikale Deutsche gibt, ähnliches für die anderen, hier die Muslime, gilt. Muslime bilden keine monolithische Gesamtheit. Der Fremde kann sowohl Demokrat als auch Rechtsradikaler sein.“<sup>9)</sup> Also: „Wann begreifen deutsche Gutmenschen den Grundsatz: Wer Demokratie beanstandet, stößt auf die Grenzen der Toleranz?“<sup>10)</sup>

### **Islam, Islamismus und Denkverbote**

Demokratische Gesinnung wurde nach dem 11. September in Deutschland zum offiziellen Kriterium für die Grenzen religiöser Toleranz gegenüber Muslimen. Sprachlich setzte sich das in Form der Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus durch. Der Islam ist eine friedliche Religion; der Islamismus eine gefährliche, undemokratische

---

6) Artikel „Tolerating the Intolerable“, in: „Newsweek“ vom 5. November 2001.

7) ohne Datumsangabe, zitiert nach Bassam Tibi, „Die deutsche verordnete Fremdenliebe“, in: Alice Schwarzer (Hg.), Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz, Köln 2002, 105–130, a.a.O., hier: 118.

8) Bassam Tibi, ebd. – Laut Tibi soll dieser Zusammenhang Experten bekannt sein und von deutschen Sicherheitsbehörden nicht explizit bestritten werden.

9) Bassam Tibi, „Die deutsche verordnete Fremdenliebe“, a.a.O., 110.

10) Bassam Tibi, a.a.O., 111.

politische Ideologie. Kritik ist gestattet – am Islamismus, und nur am Islamismus. Dem Islam erteilte man stillschweigend eine Generalabsolution. Zwar ist kritisches Nachdenken nach dem „11. September“ ja unvermeidlich geworden. Aber es wird kanalisiert. Es wird dorthin abgeführt, wo es niemandem wehtut. Unbequeme Fragen, Zweifel und Verunsicherungen bezüglich demokratischer Gesinnung und Integrationsbereitschaft der Muslime in Deutschland werden an den Islamismus verwiesen und sind damit erledigt. Der „normale“ Muslim ist ja friedlich!

Dieser intellektuelle Dreh enthebt Islamwissenschaftler ihrer Bringschuld, uns über Widersprüche und politische Instrumentalisierbarkeit von Koranaussagen aufzuklären. Er erspart islamischen Gruppierungen selbstkritische Debatten und klare Bekenntnisse. Dabei sagte sogar Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einem Interview vom Januar 2002: *„Dialog ist nicht der Austausch von Nettigkeiten und Unverbindlichkeiten ... Mich ärgert, wenn gesagt wird, wir sind der Überzeugung, daß der Islam eine friedliche Religion ist. Dann verlangt man nicht, daß der Dialogpartner diesen Satz glaubhaft macht. Es ist aber so: Nur die Muslime selbst können glaubhaft machen, daß der Islam eine Religion des Friedens ist ...“*<sup>11)</sup> – Muslime aber weichen Diskussionen aus, anstatt Verdacht zu zerstreuen und eindeutige Standpunkte zu beziehen. Nachgeholfen wird notfalls mit dem Vorwurf der Islamfeindlichkeit, einem Totschlag-Argument. Muslime wissen, wie man das Trauma der deutschen Seele aktiviert: Sie begeben sich in die Opferrolle und fordern als Quasi-Wiedergutmachung Beweise unserer Toleranz in Form von Finanzmitteln und öffentlichen Zugeständnissen. Am 29. März 2003 klagte ein Imam<sup>12)</sup> der Mannheimer Moschee bei einem Tag der offenen Tür vor Hunderten von deutschen Besuchern: Die Muslime in Deutschland seien eine benachteiligte, verfolgte Minderheit. Sonst würde die Stadt Mannheim ihnen mehr finanzielle Zuschüsse geben und auch gestatten, daß sie ihre Gläubigen durch einen Muezzin zum Gebet rufen.<sup>13)</sup> – Durch den Kunstgriff der Unterscheidung „Islam = gut“ – „Islamismus = böse“ ist der Islamismus zum Blitzableiter kritischen Denkens geworden. Und die deutsche Mentalität grenzenloser Fremdenliebe gegenüber dem Islam

---

11) Interview: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse über das Verhältnis des Islams zu anderen Religionen, in: *„Das Parlament“*. Thema: Weltreligion Islam, 18./25. Januar 2002, 2.

12) Imam = Vorbeter

13) die Verfasserin war Zeugin vor Ort.

ist auch nach dem „11. September“ ungebrochen. Was da kaum auffällt: Wir wissen gar nicht wirklich, worin der stets betonte wesentliche Unterschied zwischen Islam und Islamismus besteht. Was ist harmlos, was ist bedenklich?

### **Der „Euro-Islam“ – eine Utopie**

Auch Bassam Tibi, Autor vieler Bücher zum Thema, bietet trotz vielversprechender Buchtitel keine Orientierung in dieser Frage. Er entledigt sich des Problems, indem er gleich eine dritte Alternative propagiert: nicht Islamismus, nicht „normaler“ Islam, sondern „Euro-Islam“, das heißt ein verwestlichter, rigoros aufgeklärter, unpolitischer Islam. In seinem Buch *„Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte“*, erschienen im Januar 2003, erläutert Tibi seine Weltanschauung: *„Ich sage es offen: Jeder Mensch, der sich gegen Demokratie und individuelle Menschenrechte wendet, ist für mich ein Feind. Bei der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten darf es keine halbherzigen Lösungen geben.“*<sup>14)</sup> An anderer Stelle erklärt er: *„Ich beispielsweise bin ein Muslim, möchte aber als ein Individuum leben und lehne es deshalb ab, in die Zwangsjacke eines Umma-Kollektivs gesteckt zu werden.“*<sup>15)</sup>

Aber solche Ansichten sind für den durchschnittlichen Muslim schwerlich akzeptabel. Grundlegende Lehren des Korans stehen im Widerspruch zu diesem Euro-Islam und müßten verbogen oder aufgegeben werden. Der Islam lehrt ein anderes Menschenbild als das Christentum. Die Menschenrechte westlicher Prägung sind Muslimen nicht selbstverständlich. Die Scharia, das islamische Straf-, Staats- und Wirtschaftssystem, ist mit den individuellen Menschenrechten unvereinbar. In der islamischen Umma, der Gemeinschaft aller Gläubigen, sehen Muslime nicht etwa eine kollektive Zwangsjacke, sondern brüderlichen Zusammenhalt, der ihnen gerade in der Diaspora Geborgenheit spendet. Tibi's Vision des Euro-Islams halten darum die meisten Muslime für reinstes „Heidentum“.

*„Ich muß offen gestehen“, erklärt Tibi, „daß in Europa viele meiner muslimischen Glaubensbrüder und –schwestern sowie die beiden Islamräte [= „Islam-Rat“ und „Zentralrat der Muslime“] diese Vorstellung eines Euro-Islams*

---

14) Bassam Tibi, *Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte*, Ullstein-Verlag 2003, 19.

15) ebd., 18/19.

nicht akzeptieren.“<sup>16)</sup> Die Süddeutsche Zeitung belustigte sich denn auch, der Euro-Islam sei eine „Ein-Mann-Sekte“, zu der „ein Politikprofessor übergetreten“ sei.<sup>17)</sup> Tibi betont jedoch eisern, daß sein Konzept die einzige Rettung für die europäische Zivilisation sei: „*Entweder islamisieren die Muslime Europa oder Europa europäisiert den Islam.*“<sup>18)</sup>

### **Düstere Perspektiven**

Bei einer derzeitigen Präsenz von 25 Millionen Muslimen auf dem europäischen Kontinent (10 Millionen auf dem Balkan, 15 Millionen Migranten in Westeuropa, davon 3,3 Millionen in Deutschland) und wachsendem Zuwanderungsdruck aus der Welt des Islams droht uns die Herausbildung von desintegrierten Parallelgesellschaften, droht also die Entstehung eines antiwestlich eingestellten Ghetto-Islams in Europa. Experten sprechen bereits von der „*gescheiterten Integration*“. Außereuropäische ethnisch-religiöse Konfliktszenarien können unter diesem Umstand auch innereuropäisch einen Konflikt zwischen islamischer und westlicher Zivilisation entfachen, der unsere Gemeinwesen sprengt. Mit Verweis auf Bosnien meint Bassam Tibi: „*Der neue Totalitarismus [= der Fundamentalismus] ist deshalb bedrohlicher als die alten Totalitarismen (Kommunismus und Faschismus), eben weil er nicht nur eine politische Ideologie ist, sondern auch und vor allem auf die Religion zurückgreift. Weltreligionen bilden das Herzstück der Weltanschauungen von Zivilisationen. Religiöse Einstellungen und Loyalitäten sind zudem viel tiefer in den Menschen verankert als rein politische Bindungen; so können sie die mobilisierten Menschen zu unvorstellbaren Grausamkeiten verleiten.*“<sup>19)</sup> –

Während Tibi diese besorgniserregenden Aussichten aufzeigt, gibt er zweierlei zu. Erstens: Der Islamismus ist keine reine Ideologie, sondern in seinem Kern ebenfalls Religion. Zweitens: Religionen schlagen tiefe Wurzeln in den Seelen, die sich nicht einfach ausreißen lassen. Eben diese Tatsache aber macht Tibis Vision des Euro-Islams zu einer unrealisierbaren Utopie. Indem er die Werteorientierung seiner Zukunftsvi-

---

16) Bassam Tibi, Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte, Ullstein-Verlag 2003, 506.

17) Klaus Kreisner, „Islamisten und Euro-Muslime“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Februar 1999.

18) Bassam Tibi, Im Schatten Allahs, a.a.O., 508.

19) ebd., 488.

sion „Euro-Islam“ beschreibt, bestätigt Tibi also indirekt, wieviel Bedarf der Islam an demokratischen Werten hat, zum Beispiel mit folgenden Worten: „Europa steht eine Islamisierung bevor, wenn kein am religiösen Pluralismus orientierter Euro-Islam entsteht. Die individuellen Menschenrechte sind dann gefährdet.“<sup>20)</sup> Folglich sagt Bassam Tibi: Der „normale“ Islam ist demokratieunfähig. Das sind düstere Perspektiven.

### **Vergebliche Suche nach dem Unterschied**

Die wiederholte Betonung, Islam und Islamismus müßten strikt auseinander gehalten werden, suggeriert, daß es klare Trennungslinien gibt. Wissenschaftliche Analysen erweisen aber das Gegenteil: Wo die Grenzen verlaufen ist unklar. Gudrun Krämer, Professorin für Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin, schreibt in der Wochenzeitung „Das Parlament“ im Januar 2002: „Allerdings wird nicht auf Anhieb klar, wo der Unterschied zwischen Islamisten und ‚normalen‘ Muslimen liegt. (...) Tatsächlich ist die Grenze nicht leicht zu ziehen. [Der Islamismus beschränkt sich nicht] wie vielfach geglaubt, auf politische Oppositionsparteien.“<sup>21)</sup> – Krämer versucht den Unterschied mit dem Kriterium der Gewaltbereitschaft zu ziehen, stellt aber fest: Gewaltbereit sind nicht alle Islamisten, sondern unter diesen nur eine radikale Minderheit. Dann erklärt die Orientalistin: Der Islamismus betrachtet Religion, Recht und Politik als Einheit und fordert daher die Anwendung der Scharia, der islamischen Rechtsordnung, im privaten wie öffentlichen Leben. Aber: „Mit dieser Überzeugung stehen [die Islamisten] nicht völlig allein: Einer bekannten Formel zufolge ist der Islam ‚Religion und Staat‘ (al-islam din wa-daula) oder, etwas allgemeiner formuliert, ‚Religion und Welt‘ (din wa-dunya): Kein Lebensbereich kann sich seiner Geltungskraft entziehen. So sehen es nicht nur Islamisten ...“<sup>22)</sup>

Da muß man fragen: Gibt es überhaupt einen Unterschied? Gudrun Krämer findet in ihren Ausführungen keinen wesentlichen, obwohl sie den Eindruck vermitteln will. Es verhält sich wohl, wie Emma-Her-

---

20) Bassam Tibi, Im Schatten Allahs, a.a.O., 517.

21) Vgl. z.B. Gudrun Krämer, „Islam und Islamismus: Eine Reise zurück in die Zukunft. Auf der Suche nach Einheit, Gerechtigkeit und Stärke“, in: Zeitung „Das Parlament“. Thema: Weltreligion Islam, 18./25. Januar 2002, 1.

22) ebd.

ausgeberin Alice Schwarzer, die seit 1979 zum islamischen Fundamentalismus forscht, bemängelt: „*Der Frage, wie weit sich unter den drei großen monotheistischen Religionen der Islam besonders zum politischen Mißbrauch eignet, wird nicht nachgegangen. Eine fatale Rolle bei der Verschleierung dieser Frage und der Verwischung von Islam und Islamismus hat bisher auch im Westen die dafür zuständige Wissenschaft, die Orientalistik gespielt.*“<sup>23)</sup>

## **Der Islam – eine politische Religion**

Der Islam ist seinem Wesen nach eine nicht-säkularisierte [= nicht-verweltlichte] Religion. Er entstammt einer vormodernen Kultur, die im Gegensatz zum Christentum keine Epoche der Aufklärung erlebt hat. So kennt der Islam keinen Laizismus, das heißt keine Trennung von Staat und Religion; er kennt keine Zivilgesellschaft, die Öffentliches und Privates auseinanderhält; und er kennt auch keine Trennung zwischen Glauben und Wissenschaft. Das macht den Islam zu einer per se zutiefst politischen Religion. Der Islam wirkt sich nämlich nicht nur – wie jede Religion – indirekt durch seine Wert- und Morallehren auf Recht, Wirtschaft und Staatsleben aus. Die unumstößlichen Fundamente des Islams, Koran und Sunna, beinhalten sogar direkte Anweisungen zur Gestaltung des öffentlichen Lebens. Die Scharia, die islamischen Gebote zur Straf-, Staats- und Wirtschaftsordnung, ist aus diesen beiden Quellen abgeleitet. Der Islam ist nicht nur Religion, sondern auch ein Rechtssystem.

Nach dem Glauben hat Allah im Koran durch den Propheten Mohammed offenbart, wie die Welt nach seinem Willen gestaltet werden soll. Mohammed hat den Menschen vorgelebt, wie man sich diesem göttlichen Willen bzw. Gesetzen ganz und gar unterwirft. Daher enthält neben dem Koran auch die Sunna, der Lebensweg des Propheten, teilweise verbindliche Lehren für den Gläubigen. Schon Mohammed war außerdem religiöser und politischer Führer in einer Person. Der Islam ist wirklich eine umfassende, alle Lebensbereiche – öffentliche wie private, gemeinschaftliche wie individuelle – ordnende Religion, die Politik ausdrücklich mit einschließt. Politik, das ist die Durchsetzung bestimmter Ziele (Ordnungs- und Rechtsvorstellungen) in der Gesellschaft.

Die islamische Theologie – die bekanntlich Religions- und Rechtswissenschaft zugleich ist – beschäftigt sich mit der rechten Auslegung und

---

23) Alice Schwarzer, Die falsche Toleranz, in: Alice Schwarzer (Hg.), Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz, Köln 2002, 9–19, hier: 14.

Interpretation der „*heiligen Schrift*“ des Korans. Es gibt vier verschiedene Rechtsschulen und nahezu für jeden Koranvers zahlreiche Auslegungsvarianten. Zudem gilt der Koran nur im arabischen Original als aussagekräftig, und das arabische Vokabular soll ausgesprochen vieldeutig und schwer übersetzbar sein. Was Muslime also im Einzelnen unter „*islamischer Politik*“ verstehen, hängt davon ab, welcher Auslegung des Korans sie folgen.

Aber: Niemals kann ein gläubiger Muslim im öffentlichen Leben Regeln und Ordnungen gutheißen, die Prophet und Koran (= Allah) ausdrücklich anders gebieten oder sogar verbieten. Das ist die Konsequenz dessen, daß der Islam Staat und Religion, Öffentliches und Privates, Glaube und Wissenschaft nicht trennt: Politik und Recht jenseits des Korans, unabhängig vom Koran – wie auch immer er jeweils ausgelegt wird – gibt es nicht!

### **Islam in der Praxis ...**

Um faßbarer zu machen, wie sich dieses Wesen des Islams im Alltäglichen auswirken kann, hier einige Beispiele: Daß der Islam keine Trennung von Glauben und Vernunft bzw. Wissenschaft kennt, veranschaulicht die „*Kamel-Fatwa*“ des Frankfurter Islamologen Amir Zaidan. Eine Fatwa ist ein Rechtsgutachten, das ein islamischer Theologe als quasi sakrales Gesetz erläßt. Besagte Kamel-Fatwa beinhaltet, daß sich muslimische Frauen und Mädchen niemals ohne Begleitung von Ehemann, Vater oder Bruder weiter als 81 Kilometer und länger als einen Tag von der ehelichen bzw. elterlichen Wohnung entfernen dürfen. Begründung: Das ist die Entfernung, die eine Kamel-Karawane in der Wüste vom Morgengebet bis zum Sonnenuntergang zurücklegen kann! Amir Zaidan erließ diese Fatwa 1998 als geistlicher Rat der „*Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)*“, die etwa 8 000 Mitglieder zählt<sup>24)</sup> und deren Vorsitzender Zaidan inzwischen ist.<sup>25)</sup> Hintergrund war die Frage, ob Eltern ihren Töchtern die Teilnahme an Schulausflügen verbieten dürfen. (Über die Frage, was Frauen und Kamele gemeinsam haben,

---

24) Faruk Sen/Hayrettin Aydin, *Islam in Deutschland*, München 2002 (Beck'sche Reihe 1466), 73f.

25) Cornelia Filter, *Eine fromme Reise durch Deutschland*, in: Alice Schwarzer (Hg.), *Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz*, a.a.O., 77–104, hier: 89f.

mag man geteilter Meinung sein. Aber Amir Zaidan wird den Weg zu seinem Arbeitsplatz an der Frankfurter Universität vermutlich auch nicht auf dem Rücken eines Kamels zurücklegen...) Der Fall veranschaulicht eine starre, fundamentalistische Auslegung der Glaubens- und Rechtsquellen des Islams gegen die Regeln der Vernunft und ungeachtet des zivilisatorischen Fortschritts. Immerhin sollen andere islamische Organisationen darauf hingewiesen haben, daß diese Fatwa nicht im Einklang mit dem Lebensalltag der Muslime in Deutschland steht.<sup>26)</sup>

Ein weiteres Beispiel möchte ich anhand eines persönlichen Erlebnisses schildern. Im November 2001 besuchte ich eine Vortragsveranstaltung in der Mannheimer Universität. Dorthin hatten der Dachverband Mannheimer Muslime und die Muslimische Hochschulgruppe e.V. zu ihrer 7. jährlichen „Islam-Woche“ eingeladen. Vor gut 200, offenbar vorwiegend muslimischen Zuhörern, hielt jener Amir Zaidan einen Vortrag über „Islamische Tradition und traditionelle Muslime“. Zaidan sprach unter diesem Motto im Stil einer Predigt über Verhaltensregeln für Muslime im Alltag. Anschließend konnten die Zuhörer Fragen stellen. Einer wollte wissen: „*Dürfen Muslime Deutschen die Hand geben?*“ Mir war bis dahin nicht bewußt gewesen, daß ein Handschlag zur Begrüßung für Muslime mit Gewissensnöten verbunden sein könnte. Zaidan fand diese Frage keineswegs ungewöhnlich, erklärte aber, Muslime dürften Nichtmuslimen ruhig die Hand geben. Es kamen viele derartig detaillierte praktische Lebensfragen zur Sprache. Muslime sind offenbar sehr bemüht, sich selbst in Kleinigkeiten des Alltagsgläglichen nach dem Koran zu richten. Ein anderer Zuhörer las schließlich eine Koransure vor und wollte dazu die Meinung des Redners hören. Es war die berühmte Sure 4, Vers 35, wo es heißt: „*Männer sollen vor Frauen bevorzugt werden ... Rechtschaffene Frauen sollen gehorsam, treu und verschwiegen sein, damit Allah sie beschütze. Denjenigen Frauen aber, von denen ihr fürchtet, daß sie euch durch ihr Betragen erzürnen, gebt Verweise, enthaltet euch ihrer im Ehebett, sperrt sie in ihre Gemächer und schlägt sie.*“ Der Zuhörer fragte den Redner: „*Was meinen Sie, dürfen Männer ihre Frauen schlagen?*“ Was nun folgte war befremdlich: Zaidan begann eine Viertelstunde lang zu erklären, wie unterschiedlich man diese Sure auslegen könne. Es gäbe an dieser Stelle 24 verschiedene Übersetzungsmöglichkeiten für das Verb „*schlagen*“, wovon er einige erörterte. Auch sei in dieser Sure eine Frau gemeint, die zuvor ihren Mann geschlagen habe. In der Sitzreihe hinter mir hörte ich eine Frau sagen: Männer sollten ihre Frauen ja nur

---

26) Faruk Sen/Hayrettin Aydin, Islam in Deutschland, a.a.O., 74.

„wie mit einem Strohhalm“ schlagen. Es fiel mir schwer zu ertragen, wie lange der Redner brauchte, um zu einer Antwort zu kommen. Obendrein war Zaidans abschließendes Urteil zweideutig. Seine Antwort auf die Frage „Dürfen Männer in der Ehe ihre Standpunkte mit Freiheitsberaubung und körperlicher Züchtigung durchsetzen?“ lautete: „Eigentlich sollten Männer ihre Frauen nicht schlagen.“ – Auch dieses ist eine Konsequenz der Schriftgläubigkeit des Islams: Ein Urteilen nach dem eigenen moralischen Fühlen gibt es nicht. Selbst das Urteil über eine – aus unserer Sicht – eindeutig verwerfliche Sache wie Gewalt in der Ehe und gegenüber körperlich Unterlegenen, hängt allein von Koran und Prophet ab. Den Grundsatz der Aufklärung – „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ – kennt der Islam nicht.

Wie gefährlich diese Unselbständigkeit im Denken und Urteilen ausarten kann, bewies gleich die nächste Wortmeldung des Abends. Ein junger Muslim fragte: „Warum legen wir Muslime den Koran so unterschiedlich aus, daß wir untereinander so uneinig sind?“ Darauf antwortete Amir Zaidan: „Allah liebt die Vielfalt! Es steht uns nicht zu, einen Glaubensbruder aus unserer Gemeinschaft auszustoßen. Welche Auslegungen des Korans richtig sind, das entscheidet Allah am Jüngsten Tag.“ – Unmittelbar nach dem 11. September und während die Tagung das Motto „Terror hat keine Religion“ trug, sagte Zaidan mit diesen Worten im Grund doch dieses: Auch über einen Usama Bin Ladin und seine Auslegung des Korans wird erst am Jüngsten Tag entschieden! Und die Muslime dürfen auch diesen Bruder nicht aus ihrer Gemeinschaft ausschließen. Was sie tatsächlich auch nicht tun. Denn der Koran stiftet genug Verwirrung in Fragen der Gewalt. Sure 5 sagt zwar: „Wenn jemand einen Menschen tötet, ohne daß der einen Mord oder eine Gewalttat im Lande begangen hat, so ist es, als hätte er die ganze Menschheit getötet.“ Aber in Sure 9 heißt es dagegen: „Der Gläubige hat auf dem Wege Allahs zu töten und sich töten zu lassen.“ Welche der beiden Suren den Vorrang hat, kann nur Allah entscheiden.

Der theozentrische Islam mit seinem Gottesbild eines allweisen, aber gleichzeitig unergründlichen Allah, dem vollständige Unterwerfung gebührt, ist in seinem moralischen Urteil letztlich in vieler Hinsicht beliebig. Das ist angesichts der weltweiten Gefahr islamistischer Terroranschläge nicht eben beruhigend. Eine Religion, die sich in letzter Konsequenz einer „kriegerischen oder gar terroristischen“ Auslegung ihrer „heiligen Schrift“ nicht eindeutig verschließen kann, ist schlechthin nicht „friedlich“. Und der Islam kennt eben keine Autorität (wie den Papst im Katholizismus), die ein letztgültiges Machtwort sprechen kann.

Ein Jahr später, im November 2002, besuchte ich erneut eine Veranstaltung der alljährlichen Islam-Woche in Mannheim. Bei einer Podiumsdiskussion sagte ein schwarzer Muslim, der aus den USA zu Besuch war: „Was ich zum 11. September meine? Nun, Allah ist allmächtig und allweise – und er hat es nicht verhindert. Mehr sage ich nicht.“ Kein Mannheimer Muslim fand seine Worte empörend genug, um zu widersprechen.

## Muslime und der Rechtsstaat

Verfassungsschützer verweisen seit längerem auf das problematische Verhältnis von in Deutschland lebenden Muslimen zum Rechtsstaat. Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, erklärte 1997: „In Deutschland wird das Grundgesetz von den angesprochenen [islamisch-extremistischen] Gruppen benutzt, nicht um eine Integration voranzutreiben, sondern – dies ist der zentrale Punkt – um „islamischer“ zu werden.“<sup>27)</sup> Diese einseitige Beanspruchung der Grundrechte scheint nicht nur auf extremistische Gruppierungen zuzutreffen. Einer Befragung des „Zentralinstituts Islam-Archiv“<sup>28)</sup> zufolge halten 50% der Muslime in Deutschland den Koran für mit dem Grundgesetz vereinbar.<sup>29)</sup> Was die anderen

---

27) Landesamt für Verfassungsschutz, Berlin (Hg.), Islamismus als politische Ideologie, Reihe: Durchblicke (8), 4. Jahrgang 1997, 23.

28) Das „Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland“ wurde 1971 als Privatsammlung im Auftrag des Islamischen Weltkongresses in Saarbrücken aufgebaut. Seit 1982 hat es seinen Sitz in Soest und eine Außenstelle in Bremen. Direktor des „Islamarchivs“ ist Mohammad Salim Abdullah, der 1986 auch den Dachverband „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ mitbegründete. Der „Islamrat“ wird von der islamistisch-türkischen Organisation „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (İGMG)“ beherrscht, die laut Verfassungsschutz das deutsche Grundgesetz abschaffen will. – vgl. Cornelia Filter, Eine fromme Reise durch Deutschland, in: Alice Schwarzer (Hg.), Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz, a.a.O., 77–104, hier: 87.

29) Angabe nach Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, in: „tageszeitung“-Interview vom 24. Oktober 2001, wiedergedruckt in: Alice Schwarzer (Hg.), Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz, a.a.O., 121–127, hier: 125.

50% denken, bleibt offen. – Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nadeem Elyas, wurde auf dem Katholikentag 2001 gefragt, ob er den säkularen Rechtsstaat als unumstößliche Grundlage betrachte. Seine Antwort: „Ja, solange Muslime in der Minderheit sind.“<sup>30)</sup> – Der Zentralrat der Muslime umfaßt 17 islamische Dachverbände mit mehreren hundert Moscheegemeinden. Er sieht seine Hauptaufgabe darin, Ansprechpartner für den deutschen Staat zu sein und die Rechte, die den islamischen Vereinen als Religionsgemeinschaften zustehen, in ihrem Namen zu verlangen.<sup>31)</sup> Der ZMD soll von Saudi-Arabien aus über die Islamische Weltliga finanziert sein.<sup>32)</sup> Die Islamische Weltliga hat 1993 in den „Kairoer Beschlüssen“ ihres Weltkongresses eine „neue Strategie“ für die Europa-Mission aufgestellt. Nach dieser Strategie soll die europäische Islam-Diaspora die Anwendung der Scharia verlangen.<sup>33)</sup> Ganz dementsprechend erklärte der Zentralratsvorsitzende Nadeem Elyas im November 2001 gegenüber der Zeitschrift „Zeitzeichen“: „Die Scharia ist unverzichtbar!“<sup>34)</sup> Das heißt, der ZMD fordert unverhohlen das Gegenteil von Integration, nämlich die Errichtung einer Parallelgesellschaft innerhalb des deutschen Rechtsstaates, in der islamische Gesetze gelten. Elyas fordert dies als Übergangslösung. Denn wenn die Muslime in Deutschland in der Mehrheit sind, so hörten wir ja, dann soll der deutsche Rechtsstaat nicht mehr unumstößlich sein. Zumindest kann man dem ZMD nicht vorwerfen, daß er seine wahren Ziele verschleiert. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat jedoch klargestellt: „Das in Art. 4 Grundgesetz verbrieft Grundrecht auf Religionsfreiheit als Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung findet aber seine Schranken eben in dieser Werteordnung. Damit steht selbst

---

30) nach Wilhelm Heitmeyer im „tageszeitung“-Interview vom 24. Oktober 2001, ebd.

31) Klaus Kreitmeir, Allahs deutsche Kinder. Muslime zwischen Fundamentalismus und Integration, München 2002, 87.

32) Ursula Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland, Freiburg 1997, 116.

33) das Dokument ist veröffentlicht in „al-Scharq al-Ausat“ vom 28. Juli 1993, zit. nach: Bassam Tibi, Im Schatten Allahs, a.a.O., 9. – vgl. Bassam Tibi, Der Islam und Deutschland – Muslime in Deutschland, München/Stuttgart 2000, 265/266.

34) Nadeem Elyas, Interview mit der Zeitschrift „Zeitzeichen“, November 2001, 32–35, hier: 33.

das Streben nach uneingeschränkter Religionsausübung, d. h. nach verpflichtender Anerkennung von Koran und Scharia, im unlösbaren Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.<sup>65)</sup>

### **Eine „demokratiefähige“ Scharia?**

Im Gegensatz zur eindeutigen Absage der Verfassungshüter, bemüht sich eine Vertreterin der deutschen Orientalistik, für die Scharia eine Bresche zu schlagen. Die bereits zitierte Berliner Lehrstuhlinhaberin Gudrun Krämer bekundet in einem Artikel „*Spielräume und Grenzen: Zum Verhältnis von Islam und Menschenrechten*“ vom Januar 2002<sup>36)</sup>, sie habe „*unverkennbar moderne Anliegen*“ zur Ausgestaltung der Scharia, sogar bei „*islamistischen Theoretikern und Aktivisten*“, gefunden. Viele heutige Muslime würden die parlamentarische Ordnung gar nicht ablehnen. Vielmehr seien hinsichtlich demokratischer Rechts- und Wertvorstellungen, „*selbst in islamistischen Kreisen interessante Neuansätze zu verzeichnen*“. Krämers Ausführungen fasse ich stichpunktartig zusammen:

In parlamentarischen Gremien können Muslime eine „*zeitgemäße Form der Schura*“ sehen. (Die Schura ist das Prinzip der Beratung, das der Koran für alle Lebenslagen anempfiehlt.)

Das Mehrheitsprinzip könnten viele Muslime gelten lassen, natürlich nur „*solange die Mehrheit keine ‚islamwidrigen‘ Entscheidungen fällt.*“

Die Gewaltenteilung ist in der Scharia durchaus möglich. Es gibt nur keine Legislative, denn die Gesetze kann im Islam allein Allah geben.

Die Rechtsstaatlichkeit bleibt im Rahmen der Scharia „*grundsätzlich gewahrt*“, allerdings sind Freiheit und Gleichheit „*nicht zwingend*“ beinhaltet. Nicht zwingend, will sagen:

Dem Freiheitsprinzip sind „*im Bereich von Kunst, Wissenschaft und Sexualität*“ besonders enge Grenzen gesetzt. Und „*gravierend einge-*

---

35) Verfassungsschutzbericht, zitiert nach: Klaus Kreitmeir, *Allahs deutsche Kinder. Muslime zwischen Fundamentalismus und Integration*, München 2002, 75/76. – Kreitmeir zitiert in seinem 2002 erschienenen Buch den „*neuesten Verfassungsschutzbericht*“ ohne exakte Angabe des Datums.

36) Gudrun Krämer, „*Der Mensch als Treuhänder Gottes auf Erden. Spielräume und Grenzen: Zum Verhältnis von Islam und Menschenrechten*“, in: „*Das Parlament*“. Thema: Weltreligion Islam, 18./24. Januar 2002, 6.

schränkt“ ist – man höre und staune – „die Religionsfreiheit“. (Der „Abfall vom Islam (Apostasie) wird nach islamischem Recht mit (...) dem Verlust der Erb- und Testamentierfähigkeit, wenn nicht gar mit dem Tod bedroht.“)

Der Gleichheitsgrundsatz bereitet Muslimen allerdings „erhebliche Schwierigkeiten“, vor allem gegenüber Frauen und Nichtmuslimen. Bemerkenswert findet Krämer jedoch, daß nach der „modernen“ Scharia – im Gegensatz zur klassischen – Nichtmuslimen „gleiche Rechte und Pflichten“ zugestanden werden, nur von bestimmten Ämtern müssen sie natürlich in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft ausgeschlossen bleiben (Staatsoberhaupt und Richter).

Ein Pluralismus der Meinungen wird nicht mehr ausgeschlossen: Es gilt die Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, aber mit der Einschränkung, daß islamische Werte dabei nicht angetastet werden dürfen.

Wenn das die „modernen Anliegen“ und „interessanten Neuansätze“ zeitgenössischer islamischer Theoretiker zum Thema Demokratie sind, dann kann man anhand der Ausführungen Krämers erahnen, wie erst die konventionelle Scharia aussieht. Wissenschaftlich fragwürdig ist aber auch, wie Krämer in ihrem Artikel sprachliche Begriffe aus dem Themenkomplex Demokratie geradezu vergewaltigt, um sie in das Korsett islamischer Ordnungsvorstellungen zu pressen. Dabei findet ja kein einziger der oben genannten Begriffe seine inhaltliche Entsprechung im Islam. Denn: Was bleibt an Rechtsstaatlichkeit ohne Freiheit und Gleichheit? Was ist Gewaltenteilung ohne Gesetzgebung? Wozu Mehrheitsprinzip und Meinungpluralismus, wenn Meinung und Mehrheit auf den Islam eingeschworen sein müssen? Und wer bestimmt, was Islam ist, wenn es keine Legislative gibt? Es handelt sich bei diesen sog. „interessanten Neuansätzen“ doch um nichts anderes, als um den religiösen Absolutismus eines Mullah-Regimes! Krämer betreibt intellektuelle Augenwischerei, wenn sie behauptet, die „moderne“ Scharia beinhalte „Spielräume“ für demokratische Prinzipien. Sie ist immer noch weit davon entfernt, mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar zu sein. Gemessen an den Verhältnissen in Saudi-Arabien oder Pakistan mag es sich um „moderne“ Gedanken handeln. Aber in Deutschland wäre die Einführung einer noch so modernen Scharia ein Rückschritt ins Mittelalter. Um dies zu verhindern, brauchen auch wir Aufklärung:

## **Contra principia negantem ...**

Hubert Schleicher, emeritierter Professor der Philosophie und Argumentationstheoretiker, hat ein Buch über die Frage geschrieben: *„Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren.“*<sup>37)</sup> Dabei kommt er allerdings mehr oder weniger zu dem Ergebnis, daß man dabei doch den Verstand verliert. Ein alter Lehrsatz der Logik lautet: *Contra principia negantem non est disputandum*. Mit jemandem, der bereits unsere Prinzipien bestreitet, kann man nicht diskutieren. – Um miteinander argumentieren zu können, brauchen wir eine gemeinsame Argumentationsbasis, eine Übereinstimmung in grundlegenden Werten. Wenn aber der Streit genau um diese Wertegrundlagen geht, ist ein argumentativer Kampf nicht möglich. Auch die Geschichte bestätigt im großen und ganzen diesen Lehrsatz. Gegensätzliche Ideologien und Religionen fallen entweder mit Feuer und Schwert übereinander her, oder sie leben friedlich nebeneinander, dann aber ohne nachhaltige Versuche, den Gegner zu überzeugen. Obwohl es also von der Logik her ausweglos ist, versuchen Menschen immer wieder, Vertreter gegnerischer Weltanschauungen zu überzeugen. Das Phänomen ist erklärbar. Der Versuch eines Gespräches beruht auf einer Illusion: Die bestehenden Möglichkeiten der Argumentation werden weit überschätzt. Man sucht vergeblich doch noch nach gemeinsamen Prinzipien. Oder die Auseinandersetzung beschränkt sich auf das Verneinen der Prinzipien des Gegners: Man erklärt einfach für falsch, was der andere für richtig hält. Und das führt natürlich nicht zum gewünschten Erfolg.

### **Aufklärung heißt, dem Übel zuvorkommen**

Stellen wir uns eine Szene vor, die seit dem „11. September“ auch uns Mitteleuropäern keineswegs mehr unrealistisch erscheinen sollte: Es tritt uns ein Mensch entgegen, der sagt, er will auf den Gott seiner heiligen Schrift mehr hören als auf die Menschen und er gewinne das Himmelreich, wenn er uns tötet. Was sollen wir ihm antworten?!

Sogar der große Aufklärer Voltaire (1694–1778), ein immerhin sehr erfolgreicher Kämpfer gegen den religiösen Fanatismus, hatte für solche Fälle nur den einen Rat: *„Wenn dieses Übel [des religiösen Fanatis-*

---

37) Hubert Schleicher, *Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren*. Anleitung zum subversiven Denken, München 2001.

mus] ... einmal um sich gegriffen hat, muß man die Flucht ergreifen und abwarten, daß die Luft wieder rein wird.<sup>38)</sup> – Mit Fundamentalisten kann man eben nicht diskutieren. Eine einzige Möglichkeit, dem religiösen Fanatismus erfolgreich entgegenzuwirken, nennt Voltaire: „Gegen diese epidemische Krankheit gibt es kein Mittel als den Geist der Philosophie, der allmählich die Sitten der Menschheit besänftigt und den Ausbruch des Übels vorhersieht.“<sup>39)</sup> Mit anderen Worten: Man muß dem Fundamentalismus langfristig und rechtzeitig zuvorkommen. Aufklärung tut Not!

Der Argumentationstheoretiker Schleicher rät, zu diesem Zweck, das Phänomen zunächst einmal ernstzunehmen: „Den Gegner ernstnehmen, heißt vor allem, seine intolerantesten, bösartigsten, extremsten Sentenzen und Programme ernstnehmen und niemals zu sagen, daß es schon nicht so schlimm kommen wird.“<sup>40)</sup> (...) Und: „Fundamentalismus darf nicht als Pervertierung oder Verfälschung einer an sich lammfrommen, absolut gütigen Ideologie oder Religion abgetan werden. Der Fundamentalist ist bloß konsequenter als andere, zu Amt und Pfründen gekommene Anhänger derselben Doktrin. Man geht wieder auf die ursprünglichen, heiligen Texte. Was ist Fundamentalismus anderes, als daß man den Verbalradikalismus der Dogmatik wieder ernstnimmt. (...) Das ist in gewissem Sinne sogar ehrlicher.“<sup>41)</sup> Außerdem hat der Aufklärer stets wachsam und mißtrauisch zu sein. Schleicher: „Keiner Ideologie, ob christlich, jüdisch, islamisch, marxistisch, atheistisch, rassistisch, nationalistisch oder was sonst, so friedlich sie sich auch zeitweilig verhält, darf man trauen, wenn sie intolerante oder inhumane Elemente auch nur in der verstecktesten theoretischen Nische verborgen duldet. Man muß immer mit dem Ausbruch eines Fundamentalismus rechnen.“<sup>42)</sup> Als methodisches Prinzip der Aufklärung empfiehlt Schleicher vor allem das „Hinzeichnen des Ideals“, das heißt „eine Doktrin beim Wort nehmen, auf jedem Wort, jedem Satz, jedem Dogma herumreiten, Absurditäten oder Brutalitäten der Dogmen ans grelle Licht zerren und schonungslos die allerletzten Konsequenzen aufzeigen.“<sup>43)</sup> Außerdem kann der Aufklärer eine breitere, genauere Informati-

---

38) Voltaire, Dictionnaire Philosophique Portatif, Genf 1764, Artikel: „Fanatisme“.

39) ebd.

40) Hubert Schleicher, Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren, a.a.O., 118.

41) ebd. 124.

42) ebd.

43) Hubert Schleicher, a.a.O., 125.

on über die Ideologie geben, eine Darstellung ihrer Seltsamkeiten, Abstrusitäten bieten. Er kann den Blick für die Folgen der Ideologie schärfen, Unmenschlichkeiten beim Namen nennen und die Verengung des Blickes aufheben. Er kann andere Betrachtungsweisen nahelegen und Alternativen zeigen. Das Ziel der Aufklärung ist also nicht die „*Widerlegung*“ des Fanatikers, sondern daß die glühenden Ergüsse des Fanatikers nicht mehr auf ein Interesse beim Publikum stoßen – weil es dagegen immun geworden ist!